bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 17 | 18. August 2006

Rechte Szene 2

„Rudolf-Heß-Gedenken“
Der Neonazi-Aufmarsch in Wunsiedel bleibt verboten – in mehreren Städten sind Alternativveranstaltungen vorgesehen.

Grottenschlechte Organisation
Rund 4 000 Neonazis nahmen bei strömendem Regen am diesjährigen NPD-Pressefest in Dresden teil.

„Deutschland-Pakt“ wackelt
NPDler kritisieren den Bündnispartner DVU.

Kungelei in der Hauptstadt
In Berlin machen sie NPD und Republikaner keine Konkurrenz.

„Preußen“ als Thema
REP- und NPD-Funktionäre bei einer Tagung von Nachwuchsvertriebenen im Harz.

Zielgruppe Jugendliche
Rechtslastige Schülerzeitungen präsentieren sich zum Teil getarnt, einige machen aus ihrer Gesinnung aber keinen Hehl.

Grauzone 7

Türöffner-Funktion
Freunde von NS-Kunst wittern Morgenluft, oder: Die Breker-Connection.

„Künstlerisches Ideal“
Der Bildhauer Arno Breker unterhielt bis zu seinem Tod Kontakte ins rechtsextreme Lager.

Rezension 9

Internationale Vernetzung
Global gegen die Globalisierung – Rechtsextremisten agieren grenzüberschreitend.

Ausland 10

Das Schweigen brechen
Francos Schatten lastet noch immer auf Spanien – mehr als zehn Prozent vor allem älterer Bürger wünschen sich seine Herrschaft zurück.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Rudolf-Heß-Gedenken“

Der Neonazi-Aufmarsch in Wunsiedel bleibt verboten – in mehreren Städten sind Alternativveranstaltungen vorgesehen.

Wunsiedels Landrat Peter Seißer reagierte mit „Freude und Erleichterung“: Zum zweiten Mal in Folge gelang es seiner Behörde, den Aufmarsch von Neonazis zum Heß-Todestag zu verhindern. Beim neonazistischen Wunsiedel-Komitee, das am 19. August wieder Tausende Rechtsextremisten in der oberfränkischen Stadt auf die Straße bringen wollte, gibt man sich trotzig: „Der Rechtskampf um das Heß-Gedenken in Wunsiedel ist wieder einmal verschoben, aber keineswegs aufgehoben!“ Und den Kameraden, die eigentlich in Wunsiedel aufmarschieren wollten, wird „viel Erfolg und Kreativität bei anderweitigen Aktionen an diesem Tag“ gewünscht.

Wie im vorigen Jahr hatte das Landratsamt das Verbot auf den 2005 vom Bundestag beschlossenen neuen Absatz 4 des Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB gestützt. „Wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“, wird darin mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bedroht. Das Verwaltungsgericht Bayreuth hatte das Verbot bestätigt, was ihm vom Wunsiedel-Komitee rund um den Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger den Vorwurf einbrachte, es mache sich zum „Sachverwalter der Siegerjustiz von 1945“. Doch Riegers Hoffnungen auf die Gerichtsinstanzen blieben unerfüllt. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof befand, „dass die rechtsextreme Kundgebung nur vordergründig dem Gedenken an Rudolf Heß, eigentlich aber der Billigung der NS-Gewalt- und Willkürherrschaft dient“. Und auch das Bundesverfassungsgericht mochte das Verbot nicht aufheben.

„Der Ausgangskonflikt und die dem versammlungsbehördlichen Verbot zu Grunde liegende Strafnorm des § 130 Abs. 4 StGB“ würfen „eine Reihe schwieriger verfassungsrechtlicher Fragen auf, die hinreichend nur in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden können“, erklärte die 1. Kammer des Karlsruher Gerichts. Also eben nicht im Eilverfahren. Dabei habe die Kammer berücksichtigt, „dass der Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz sich auf eine in jährlichen Abständen immer wieder am Todestag von Rudolf Heß geplante Veranstaltung bezieht und es dem Antragsteller – im Falle eines Obsiegens im Hauptsacheverfahren – unbenommen bleibt, zukünftig wieder derartige Gedenkveranstaltungen durchzuführen“. Deutlich wird, dass im nächsten Jahr nicht wieder im Zuge eines Eilverfahrens entschieden werden soll: „Mit Rücksicht darauf, dass das Verwaltungsgericht Bayreuth schon eine Entscheidung in einem vergleichbaren Hauptsacheverfahren getroffen hat, kann davon ausgegangen werden, dass der Bayerische Verwaltungsgerichtshof [...] so frühzeitig entscheiden wird, dass eine endgültige Entscheidung vor der schon jetzt für den 18. August 2007 angemeldeten Versammlung ergeht und gegebenenfalls einer verfassungsgerichtlichen Prüfung zugeführt werden kann.“

Doch auch wenn Neonazis in diesem Jahr erneut auf ihren Wunsiedel-Ausflug verzichten müssen: Sie setzen auf Alternativveranstaltungen am selben Tag. Zum Beispiel in Jena, wo Patrick Wieschke für die NPD eine Demo unter dem Motto „Meinungsfreiheit! – Entweder ganz oder gar nicht!“ anmeldete. Ein Verbot der Stadt hob das Verwaltungsgericht Gera wieder auf. Der NPD-Vorsitzenden aus Butzbach meldete in Fulda eine Demo mit bis zu 2000 Teilnehmern an. Das Motto richtet sich gegen den Volksverhetzungsparagraphen: „Meinungsfreiheit auch für Deutsche! – §130 abschaffen!“ In diesem Fall bestätigte das Verwaltungsgericht Kassel das Verbot der Stadt. Aufgerufen wurde auch in Berlin zu einer Demonstration „freier Kräfte“: „Meinungsfreiheit für alle – Gesinnungsjustiz stoppen“. Unter der Überschrift „Wunsiedel ist verboten – München nicht!“ wird schließlich eine Demo in München beworben. Sie hat zwar ausweislich ihres Mottos „Rückführung statt Integration! Nur ein Esel glaubt noch an den Sozialstaat in der BRD!“ nichts mit Heß zu tun, doch passenderweise hat ihr Anmelder kürzlich die avisierte Teilnehmerzahl von 500 auf 1500 erhöht. Mit Thomas Wulff und Thorsten Heise sind unter anderem zwei Redner angekündigt, die man in Wunsiedel hätte erwarten dürfen, wenn die Veranstaltung dort nicht verboten worden wäre. *Tomas Sager*

Grottenschlechte Organisation

Rund 4 000 Neonazis nahmen bei strömendem Regen am diesjährigen NPD-Pressefest in Dresden teil.

Die Organisatoren des Pressefests des Deutschen Stimme Verlags (DS) in Dresden ließen ihre Anhänger in diesem Jahr praktisch im Regen stehen. Der anhaltende, strömende Regen im Raum Sachsen war laut Wetterprognosen bereits einige Tage vorher bekannt und dennoch gelang es dem Team um Jens Pühse und Henrik Ostendorf nicht, genug trockene Stehplätze für die rund 4 000 NPD-Besucher des 5. DS-Pressefests zur Verfügung zu stellen. Auch die für Vortragsveranstaltungen vorgesehene Tennishalle in Dresden-Pappritz stand nicht zur Verfügung, an der Eingangstür klebte ein Schild mit der Aufschrift: „Wegen Behördenwillkür geschlossen". Einzig das Verkaufszelt mit Ständen des „Nationalen Bündnis Dresden", der „Artgemeinschaft", der „Gemeinschaft deutscher Frauen", des „Nordischen Hilfswerkes", der „Antikap-Kampagne", des „Lausitzer Aktionsbündnis" und einem großen Verkaufsstand von „Front Records" aus Torgau bot zwei- bis dreihundert Neonazis Schutz. Für Ärger unter den Anhängern sorgten auch die mangelnden Parkplätze, zahlreiche Busse mit Anreisenden mussten entfernt parken oder langsam hinter der Gegendemonstration herfahren. Drei Busse wurden dabei aus Protest von Gegnern entglast.

Während die Protagonisten auf den zwei Bühnen im Trockenen standen, harrten die Zuschauer mit oder ohne Regenschirmen davor aus, dementsprechend war auch die Stimmung auf dem diesjährigen Pressefest. Redner wie Jürgen Rieger oder Siegfried Tittmann versuchten die Anhänger mit Scharfmacherreden einzunehmen. Ungehindert von Polizei und Behörden konnte der Hamburger Rechtsanwalt und Vorsitzende der rassistischen „Artgemeinschaft" Rieger seine ausländerfeindlichen Parolen verkünden. Er sprach von der mangelnden Intelligenz der „Neger", „irgendwo zwischen Schwachsinn und normalbegabt" angesiedelt, und drohte, er würde Flüchtlinge solange „einsperren und aushungern", bis sie ihr Herkunftsland verraten. Dem kleinen DVU-Abgeordneten aus Bremen Tittmann zollte das NPD-Publikum dann doch „Siggi, Siggi"-Rufe beim Abgang. Betrunkene Hamburger Neonazis konnten ungestört am Rande der Veranstaltung das „U-Bahn-Lied" von „Berlin nach Auschwitz" grölen, wie Augenzeugen berichten. Die Organisatoren des thüringischen „Fests der Völker" versuchten, Verluste der diesjährigen Veranstaltung durch Losverkäufe wettzumachen, wurde gemunkelt. Und die NPD Rheinand-Pfalz verkaufte Wein und Flammkuchen unter dem Motto: „Deutscher Wein statt Ami-Fusel".

Die nationalistische Liedermacherin Annett Müller versuchte sich derweil gemeinsam mit der Göttinger Band „Agitator" auf der Bühne. Als das Zusammenspiel nicht klappte, beschwerten sie sich bei der Technik: „Ich sag's zum letzten Mal, macht endlich die Mikros lauter!"

„Deutscher Wein statt Ami-Fusel"

Gegen 15.00 Uhr wurde es auf der völlig durchnässten Wiese in Dresden noch einmal richtig voll, viele der Gäste blieben aber nicht bis zum Schluss des Programms um 23.00 Uhr an diesem Samstag, den 5. August. Kleinere Reibereien untereinander konnte auch der NPD-Ordnerdienst von Manfred Börm nicht verhindern. Die Ordnerkräfte rannten in diesem Jahr mit einem Werbezug von „Front Records" herum. Etwas lächerlich wirkte der Personenschutz von etwa zehn bulligen Securities, die den sächsischen Landeschef Holger Apfel auf die Bühne begleiteten. Auch Fernsehteams der ARD konnten sich nur mit ständiger Personenbewachung durch die Menge bewegen. Einige kritische Journalisten wurden erst gar nicht zugelassen. Zum Pressetermin der mecklenburgischen NPD erschien neben den Landesvorstandsmitgliedern Stefan Köster und Udo Pastörs ausnahmsweise auch einer der wichtigsten Vertreter der Kameradschaftsszene, Tino Müller aus Ueckermünde. Der Direktkandidat für Schwerin Thomas Wulff inszenierte derweil ein antiamerikanisches „Theaterstück" und Direktkandidat Andreas Theißen aus Ludwigslust fungierte stolz mit Schild am Kragen als „stellvertretender Ordnerdienstleiter". Aber auch Ordnungsliebe und teure Hochglanz-Werbung konnten so manchen der eigenen Anhänger nicht überzeugen. Einer sprach es unverhohlen aus: „Die verdienen hier in Sachsen so viel Geld, aber die Organisation für uns ist grottenschlecht."

Andrea Röpke

„Deutschland-Pakt“ wackelt

NPDler kritisieren den Bündnispartner DVU.

NPD-Parteivize Peter Marx beeilte sich mit einem Dementi, das eigentlich gar keines war. „Aus dem Zusammenhang gerissen und nicht korrekt sowie unautorisiert wiedergegeben“ seien die Zitate aus seinem Munde, die am 9. August in der „Berliner Zeitung“ nachzulesen waren. „Selbstverständlich“ werde die NPD die Vereinbarungen mit der DVU einhalten, versicherte Marx. Doch eine solche Beteuerung widerspricht im Grunde nicht dem, was er am Rande des Pressefests der „Deutschen Stimme“ einem Redakteur der „Berliner Zeitung“ sagte: „Sollte die NPD, wofür die Umfragewerte derzeit sprechen, ein gutes Wahlergebnis am 17. September in Mecklenburg-Vorpommern erzielen, dann müssen wir mit der Deutschen Volksunion darüber sprechen, ob nicht wir anstelle der DVU im Jahr 2009 zur Wahl in Thüringen antreten.“ Keine Aufkündigung des „Deutschland-Pakts“, der die Wahlantritte beider Parteien regelt, aber eine mögliche Änderung: Darum geht es Marx.

In weiten Kreisen der Partei, zumal im Osten, dürfte er dafür Beifall bekommen. An der Basis nehme die Kritik am Bündnispartner DVU zu, räumt auch Parteisprecher Klaus Beier ein. Zumal nach dem schwachen Abschneiden der DVU bei der Wahl in Sachsen-Anhalt, wo sie trotz günstiger Umstände nur auf 3,0 Prozent kam. Die DVU als Phantompartei, die zwar ein prall gefülltes Portemonnaie ihres Vorsitzenden vorzuweisen hat, aber kaum etwas an politischer Substanz und regionaler Verankerung: Dieser Stimmung gibt Marx Ausdruck: „Das Beispiel Sachsen-Anhalt hat ... gezeigt, dass man mit einem Wahlkampf hinter verschlossenen Türen, wie ihn die DVU führt, nichts gewinnen kann... Wir, die NPD, haben in Thüringen jedenfalls deutlich mehr Rückhalt als die DVU. Und wir verstecken uns nicht im Wahlkampf, was unsere nationalen Wähler auch honorieren.“

Nicht weil er den Deutschland-Pakt geändert sehen möchte, sondern weil er das öffentlich machte, sieht sich Marx nun der Kritik ausgesetzt. Auch an guten Ratschlägen mangelt es nicht: „Gehirn einschalten und dann erst das Mundwerk. Oder besser lassen.“

Tomas Sager

Kungelei in der Hauptstadt

In Berlin machen sie NPD und Republikaner keine Konkurrenz.

Am 14. August herrschte großes Gedränge vor dem alten Rathaus des Berliner Bezirks Tempelhof. Unter dem Protest von Mitgliedern von SPD und Grünen hat die NPD dort eine Wahlversammlung abgehalten. Hauptredner war der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt, der Spitzenkandidat der rechtsextremen Partei für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Zwei Tage später versammelte sich die NPD dann im Schöneberger Rathaus in Berlin.

Auch wenn die NPD in Berlin keine Chancen auf einen Einzug ins Landesparlament hat, setzen die Rechten auf einen Erfolg im Kleinen. Den parallel werden am 17. September auch die Bezirksparlamente neu gewählt. Dort gilt lediglich die Drei-Prozent-Hürde. Nimmt man das Ergebnis der letzten Bundestagswahlen zum Maßstab, würde die NPD in Marzahn-Hellersdorf mit 3,2 Prozent der Stimmen die Hürde überspringen. In den Stadtteilen Lichtenberg (2,8 Prozent) und Treptow-Köpenick (2,4 Prozent) könnte sie sich zumindest Chancen ausrechnen. Die sind noch gestiegen, weil sich Republikaner und die von der DVU unterstützte NPD dieses Mal gegenseitig keine Konkurrenz machen. „NPD und Republikaner haben die Bezirke vermutlich durch Absprachen untereinander aufgeteilt und treten am 17. September nicht gegeneinander an“, sagte die Berliner Verfassungsschutzchefin Claudia Schmid. Die NPD kandidiert nur in den Bezirken Treptow-Köpenick, Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg und Hellersdorf-Marzahn. Die REP treten in den Bezirken Pankow, Reinickendorf, Mitte, Steglitz-Zehlendorf, Spandau und Friedrichshain-Kreuzberg an. Zu einem ihrer Schwerpunkte haben sie den Stadtteil Pankow auserkoren, wobei sie sich ausdrücklich auf den auch von der NPD unterstützten Protest gegen den Bau einer Moschee in den Stadtteil beziehen.

Auffällig ist auch, dass sich die beiden getrennt kandidierenden Parteien nicht gegenseitig angreifen. Im Gegenteil: So heißt es auf der Homepage der Republikaner: „Ein besonderes Augenmerk legen sie auch auf den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo erstmals seit 1999 überhaupt eine

Partei des nationalen Spektrums antritt.“ Die REP wollen in dem Stadtteil den Kampf gegen „die Überfremdung“ aufnehmen. Die NPD will sich unter dem Motto „Nationale Politik ist Umweltpolitik“ als „Deutschlands grünste Partei“ präsentieren. Nach Angeben des Berliner Verfassungsschutzes wird der NPD-Wahlkampf in der Hauptstadt auch von den Neonazis aus den Freien Kameradschaften unterstützt.

Peter Nowak

„Preußen“ als Thema

REP- und NPD-Funktionäre bei einer Tagung von Nachwuchsvertriebenen im Harz.

Seit 2002 verfügen Christian Schaar, Bundesvorsitzender der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) und der bayerische JLO-Vorsitzende Dirk Pott über einen idyllisch gelegenen Bauernhof mit Nebengebäuden und 2000 Quadratmetern Gelände im sachsen-anhaltinischen Steinbrücken nahe Halle. Nach zahlreichen Arbeitseinsätzen scheint die einst für angeblich nur 33 000 DM erworbene Immobilie im Harz jetzt für politische Zwecke nutzbar. Kreise der JLO veranstalteten dort bereits Wander- und Familienwochenenden.

Vom 28. bis 30 Juli dieses Jahres fand nun im Fachwerkhof eine größere extrem rechte Konferenz statt: die „1. Preußische Akademie der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“. Rund 30 Personen folgten der Einladung von Christian Schaar und Matthias Müller (Burschenschaft Normannia Heidelberg). Neben einer Wanderung zur nahe gelegenen Burg Falkenstein und „geselligen Liederabenden“ waren Vorträge von Björn Clemens, Christian Schaar, Stefan Rochow, Frank Metschies, Lothar Karschny und Dirk Pott angekündigt. Die militärische Machtfülle Preußens, „Tugenden“ wie Vaterlandstreue und Gehorsam sowie die unkritische Identifikation der preußischen Bürger mit ihrem Obrigkeitsstaat und dessen Macht (an die auch die Nationalsozialisten anknüpfen konnten), machen das Thema „Preußen“ für Rechtsextremisten aller Couleur attraktiv.

Der Bundesvize und Spitzenkandidat der Republikaner zur Wahl in Berlin Björn Clemens stand mit dem Beitrag „Ein Fingerzeig in die Zukunft: Die preußisch-deutsche Russlandpolitik von Tauroggen (1812) bis Rapallo (1924)“ auf dem Programm. Stefan Rochow, bis 2005 Burschenschafter der Dresdensia Rugensia Gießen, Witiko-Bund-Mitglied und seit 2003 Chef der Jungen Nationaldemokraten, wählte das Thema „Preußen – Schule der Zukunft!“. Von 1997 bis 2001 war er stellvertretender JLO-Vorsitzender.

Der Kurpfälzer Schaar sollte zum „Preußentum und Sozialismus von Oswald Spengler – ein Konzept für die Zukunft?“ referieren. Die politische Karriere des Weinheimers begann in den 90er Jahren. Schaar war Chargen-Sprecher der Burschenschaft Normannia in Heidelberg und kandidierte 1995 erfolglos bei den Heidelberger AStA-Wahlen für die rechte Liste „Freiheit der Andersdenkenden“. Anfang 1997 wurde er „Regionalbeauftragter Kurpfalz“ der Deutschland-Bewegung von Alfred Mechtersheimer (vgl. bnr 19/97). Gleichzeitig machte er Karriere bei der JLO und stieg über den Landesvorsitz von Baden-Württemberg zum Bundesvorsitzenden auf. Dirk Pott aus Blaichach im Allgäu ist bayerischer JLO-Landeschef. Auch er wurde in den späten 90er Jahren bei der Deutschland-Bewegung als Regionalbeauftragter im Allgäu aktiv. Darüber hinaus ist Pott im sudetendeutschen Witiko-Bund zu Gange. Bei den „Annaberg-Gedenkfeiern“ der extrem rechten Kameradschaft Freikorps und Bund Oberland in Schliersee ist er wiederholt als Redner aufgetreten.

Die JLO wurde 1991 als Jugendorganisation der Landsmannschaft Ostpreußen gegründet, letztere trennte sich aber im Januar 2000 von dem eingetragenen Verein wegen dessen offen rechtsextremer Aktivitäten. Die Nachfolge als Nachwuchsorganisation bei der Landsmannschaft trat dann der Bund Junges Ostpreußen („Für alle, die glauben, Ostpreußen sei untergegangen: Ostpreußen lebt“) an. Die knapp 1000 Mitglieder zählende JLO begreift sich seitdem als „unabhängiger gesamtdeutscher Jugendverband“. Nach der „Preußischen Akademie“ steht schon die nächste politische Veranstaltung fest: Vom 17. bis 23. September 2006 soll die so genannte „Andreas-Hofer-Wander- und Vortragswoche“ der JLO in See am Feld im österreichischen Bundeslang Kärnten stattfinden. Als Referenten sind Olaf Rose („Das Nürnberger Militärtribunal“), Otto Scrinzi („Der Ortstafelstreit in Kärnten und Südtirol“), Richard Mehlisch („Der Nahost-Konflikt“) sowie ein „Kärntner FPÖ-Vertreter“ angekündigt.

Robert Andreasch/Sandra Beck

Zielgruppe Jugendliche

Rechtslastige Schülerzeitungen präsentieren sich zum Teil getarnt, einige machen aus ihrer Gesinnung aber keinen Hehl.

Versuche von rechtsextremer Seite, Jugendliche über Schülerzeitungen für ihre Absichten empfänglich zu machen, häufen sich. Mit eher plumper Aufmachung kommt dabei „Jugend rebelliert" von der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten in Sachsen-Anhalt daher. Das Heft, im Vormonat erstmals in den Umlauf gekommen, lehnt sich dabei an den bereits 2004 von der NPD regional verteilten „Der Rebell" an. Von freien nationalen Kräften in den ostdeutschen Bundesländern auf den Markt gebracht wurde im Vorjahr „invers" mit der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler.

Aktuellstes Beispiel ist in Köln das 24-seitige farbige Magazin im DIN-A-5-Format mit dem unverfänglichen Namen „objektiv". Dahinter steckt die Rechtsaußen „fischende" Bürgerbewegung Pro Köln, die im Stadtparlament und in den Bezirksversammlungen über mehrere Mandate verfügt und mit Markus Beisicht und Manfred Rouhs seit Jahren exponierte extrem rechte Vertreter besitzt. Die als eingetragener Verein mit Parteienstatus operierende „Pro Köln" spricht von einer „nonkonformen Schülerzeitung".

„Außerhalb der offiziellen Lehre unserer erstarrten Gesellschaft"

In ihrer Erstausgabe mit einer Auflage von 3 000 Stück sind rassistische und ausländerfeindliche Beiträge zu lesen. Ergänzend füllt sich das Heft mit harmlosen Freizeitthemen, die junge Menschen interessieren, wie etwa ein Exkurs zur verstrichenen Fußball-Weltmeisterschaft. Exemplare wurden gezielt vor Gymnasien verteilt. In einer Pressemitteilung freut sich „Pro Köln"-Funktionär Bernd Martin Schöppe, dass man die Broschüre kostenfrei anbieten könne, da sie sich durch Anzeigen finanziert habe. Einige Geschäftsleute, die großformatig in dem Heft werben, erklärten, sie fühlten sich hereingelegt und hätten nicht gewusst, dass sie es mit rechtsgerichteten Blattmachern zu tun gehabt hätten. Das Blatt „objektiv" wurde von „Pro Köln" auch im Internet platziert.

Ein Beispiel aus Bayern ist das online zu findende, vierteljährlich erscheinende „heretic". Dafür zeichnet Klaus Gromer aus Rosenheim verantwortlich. Drei kostenlose Ausgaben hat er seit Jahresbeginn veröffentlicht. Er verpackt Ausländer diskriminierende Texte, Kritik am US-Imperialismus, Anti-Multikulti-Botschaften (Interview mit Paul Edward Gottfried, der im rechtslastigen österreichischen Leopold-Stocker-Verlag publiziert) und moralische Ergüsse zu „Political correctness" in ein vermeintlich wissenschaftliches Gewand. Er spricht von Verschwörungen seitens der Medien, von Wallstreet und von der internationalen Finanzwelt. Seinen Mediendienst nennt Gromer „unabhängig", wobei er sich „außerhalb der offiziellen Lehre unserer erstarrten Gesellschaft" bewege.

Etwas länger existiert die „Blaue Narzisse" aus Chemnitz. Das Heft gibt es seit 2004 und findet sich seit 2006 auch im Internet. Das Schülermagazin wendet sich an Gymnasiasten und junge Studenten und gibt sich theorielastig, moralisch mit national-kulturellem Einschlag. Unverkennbar ist die Wochenzeitung „Junge Freiheit" Vorbild, wo inzwischen „Blaue Narzisse"-Gründer Felix Menzel auch Autor ist. Ebenso hat der Dunstkreis um die „Blaue Narzisse" Kontakt zu dem der „Jungen Freiheit" nahe stehenden Institut für Staatspolitik.

Offenkundig ist allerdings die Personalunion von „Blaue Narzisse"-Machern mit der am 9. November 2002 gegründeten Chemnitzer Schüler-Burschenschaft „Pennale Burschenschaft Theodor Körner", eine schlagende Verbindung. Dort verkehrt zum Beispiel auch Benjamin Jahn Zschocke von der „Blauen Narzisse". Die burschenschaftliche Gesinnung lässt sich auch an den eingeladenen Gästen festmachen: So referierten dort bereits der ehemalige NPD-Ideologe Jürgen Schwab, der auch im rechtsextremen Störtebeker-Netz publiziert, sowie Hans-Ulrich Kopp (Witiko-Bund), der für alt- und neurechte Organe wie „Nation&Europa", „Aula" oder „Deutsche Militärzeitschrift", um nur einige zu nennen, zur Feder greift. Ebenfalls „Blaue Narzisse"-Förderer ist Martin Kohlmann, langjähriger Republikaner-Funktionär bis zu Beginn dieses Jahres. Kohlmann, seit 1999 REP-Mandatsträger im Chemnitzer Rathaus, paktiert jetzt wieder mit der DSU.

Horst Freires

Grauzone

Türöffner-Funktion

Freunde von NS-Kunst wittern Morgenluft, oder: Die Breker-Connection.

Die Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" sieht in ihrer Ausgabe vom 28. Juli 2006 die aktuelle Schweriner Breker-Ausstellung als Chance mit Signalwirkung: Allzu lange sei Arno Breker als „Bildhauer des Teufels" abgetan worden, weil politische Kriterien als Maßstab der ästhetischen Bewertung gedient hätten. Beides sei wieder säuberlich zu trennen. Dies wird in einem zweiseitigen Interview mit dem Gründer des Museum Arno Breker im Schloss Nörvenich bei Köln, Joe F. Bodenstein, bekräftigt: Brekers Kunst sei zeitlos und vermittle zwischen Gegenwart und dem Geist der Antike; die Verherrlichung eines politischen Systems habe ihm fern gelegen, so der Sammler. Im Urteil der Geschichte würde „Nazi-Künstler" eines Tages als Ehrenbezeichnung für epochales Schaffen stehen. Im Übrigen seien nach Ansicht vieler die Pläne Albert Speers für die Neugestaltung der Reichshauptstadt humaner als die neuen Bürobauten des Bundestages.

In seiner Entstehungszeit wurde das Schaffen von Hitlers Lieblingsbildhauer richtiger beurteilt. Dieser habe „das künstlerische Wollen des Großdeutschen Reiches entscheidend repräsentiert", so Albert Speer. „Der Triumph des Starken und Gesunden über das Schwache und Kranke muss notwendigerweise in der Kunst Ausdruck finden. Diesen Triumph des Gesunden feiert das Werk Arno Brekers", schrieb der Kunsthistoriker Johannes Sommer seinerzeit. Bei Zeitgenossen herrschte Klarheit: Brekers gigantische Skulpturen nackter Kämpfer lieferten die Ästhetik des NS-Rassenprogramms, Auftrag und Gestaltung waren kongenial.

Eine Recherche auf der Internetseite des „Museum Arno Breker – Sammlung europäische Kunst" ergibt Erstaunliches. Die laut Eigenwerbung „größte öffentlich zugängliche Sammlung" von Werken Brekers unter der Leitung von Familienmitglied John G. Bodenstein bietet einen bunten Kunst-Mix: Arno Breker neben Pablo Picasso, Josef Thorak neben Gerhard Marcks. Offensichtliches Ziel ist dabei, NS-Kunst in den europäischen Kunstkanon einzubinden. Personell eng verbunden mit dem Museum ist die gemeinnützige Europäische Kultur Stiftung (Präsident John G. Bodenstein und Geschäftsführer Marco J. Bodenstein) mit Büros in Bonn, Berlin, Paris und New York. Deren Internetseite verweist wiederum auf ein „Museum Europäische Kunst" auf Schloss Nörvenich, hinter dem sich, unschwer zu erraten, das Museum Arno Breker verbirgt. Dass Breker auf der Stiftungs-Homepage selbst nicht hervorgehoben wird, hat seine Gründe: Als Mitglieder ihres Gründungskuratoriums werden so unverdächtige Personen wie die Politikerinnen Rita Süssmuth und Antje Vollmer aufgeführt. Gleichzeitig stellt sich auf der Internetseite des NPD-Kreisverbandes Rhein-Sieg dessen Vorsitzender, Stephan Meise, als Mitglied im Förderverein des Museum Europäische Kunst vor.

Die in der NS-Zeit entstandene Kunst öffentlich zeigen

Während sich die Internetseite der Stiftung recht bedeckt hält, lohnt ein Blick auf ihren US-Ableger „Museum of European Art" mit der obskuren Zeitschrift „Prometheus", die dem deutschen Papst den Ankauf von Brekers Relief „Kameraden" zur Ausstellung im Vatikan vorschlägt. Deutlich wird Marco Bodenstein in einem Leserbrief an „Tagesspiegel Online" vom 31. Juli 2006 als Kurator der Stiftung und mit Verweis auf das Museum Arno Breker: Das weltweite Medieninteresse an der Schweriner Ausstellung fordere, viel mehr während der NS-Zeit entstandene Kunst öffentlich zu zeigen. „Leider stehen nun andere Künstler wieder im Schatten von Arno Breker, die während der Hitler-Zeit ebenfalls im offiziellen ‘Haus der Deutschen Kunst' in München präsentiert worden waren." Die Ausstellung müsse durch alle deutschen Bundesländer und ganz Europa wandern. Dann der Clou: „Dazu sollte auch Polen gehören, wo es in den 40er Jahren eine von Arno Breker initiierte Ausstellung deutscher Bildhauer in Warschau gab". In Polen wird man über diesen Vorschlag ganz sicher nicht begeistert sein.

Auch wenn der Katalog der Schweriner Ausstellung durchaus kritische Töne anschlägt: Freunde von NS-Kunst setzen große Hoffnungen auf ihre Türöffner-Funktion.

Michael Pechel

„Künstlerisches Ideal“

Der Bildhauer Arno Breker unterhielt bis zu seinem Tod Kontakte ins rechtsextreme Lager.

Im Schweriner Schleswig-Holstein-Haus ist bis zum 22. Oktober die erste allein Arno Breker (1900 bis 1991) gewidmete Ausstellung seit 1945 zu sehen. Die umstrittene Schau mit etwa 70 Werken von Hitlers Lieblingsbildhauer wird mit rund 18 000 Euro Kulturfördermitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Trotz seiner engen Beziehungen zu der Nazi-Spitze kam Breker bei der Entnazifizierung als „Mitläufer“ mit einer Geldstrafe von 100 Reichsmark davon. Das einstige NSDAP-Mitglied ließ sich von den Nazis vereinnahmen, heißt es heute vielerorts verharmlosend. Fakt ist allerdings, dass Breker bis zu seinem Tod in rechtsextremen Zusammenhängen verstrickt war.

Stolz wird in rechtsextremen Kreisen immer wieder erzählt, dass Breker in den Formationsjahren der 1964 gegründeten NPD ein „einflussreicher Förderer“ war.

1972 veröffentlichte Breker beim Waffen-SS-treuen Schütz Verlag im niedersächsischen Preußisch Oldendorf das Buch „Im Strahlungsfeld der Ereignisse“. Zum Autorenkreis dieses Verlages zählen notorische Rechtsextremisten wie der ehemalige NS-Propagandist Erich Kernmayer („Adolf Hitler und das Dritte Reich“), der ehemalige Waffen-SS-Kommandeur Otto Weidinger („Kameraden bis zum Ende“), Hitlers Kampfflieger Hans Ulrich Rudel („Von den Stukas zu den Anden“), Emmy Göring („An der Seite meines Mannes“) oder Hitlers Flugkapitän Hans Baur („Mit Mächtigen zwischen Himmel und Erde“). Gründer und langjähriger Geschäftsführer des Schütz Verlages war Waldemar Schütz, vormals SS-Hauptsturmführer, später niedersächsischer Landtagsabgeordneter der rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP).

In den 70er Jahren erhielt Breker den Goldenen Ehrenring des ewiggestrigen Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes (DKEG). 1980 wurde Breker von der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GfP), die von früheren NSDAP-Funktionären und SS-Offizieren gegründet wurde, die „Ulrich-von-Hutten-Medaille“ verliehen. Die Überreichung der Urkunde und Medaille nahm Waldemar Schütz im Namen der GfP. vor. In einer Ausgabe der NS-apologetischen „Klüter-Blätter“ ist Breker neben den rechtsextremen Verlegern Schütz und Gert Sudholt auf dem GFP-Jahreskongress zu sehen.

1986 lobte Breker den „kulturell anspruchsvollen Stil“ der „Deutschen Monatshefte“, im Dezember desselben Jahres veröffentlichte er in dem rechtsextremen Blatt einen Artikel. Zur Feder für diese Ausgabe griff auch Fritz Hippler, vormals NS-Reichsfilmintendant. Herausgeber der „Deutschen Monatshefte“, die 1982 aus den „Klüter Blättern“ und dem „Politischen Zeitspiegel“ hervorgingen, war Gert Sudholt. „Fasziniert“ zeigte sich Breker Mitte der 80er Jahre von dem „großartigen Buch Meinungsdressur“. Der Autor Fritz Hippler beklagt darin, dass das „so genannte deutsche Fernsehen unsere deutsche Zeitgeschichte entstellt“ („Deutsche Monatshefte“).

1987 besuchten Mitglieder des rechtsextremen Bundes Heimattreuer Jugend (BHJ) Breker in dessen Privatwohnung in Düsseldorf. Die Nacht verbrachten sie in Zelten in Brekers Garten. Mit einem Foto, das Breker inmitten der BHJ-Gruppe zeigt, dokumentierten sie das Treffen. Ein Jahr vor seinem Tod erhielt Breker Besuch von einer rechtsextremen Reisegruppe unter Führung von Ilse-Carola Salm, einer „Zeitzeugin der nationalen Bewegung“. Zuvor hatten die Kameraden an einem internationalen Treffen von Gleichgesinnten im belgischen Diksmuide teilgenommen.

Angaben des antisemitischen Hetzblattes „Die Bauernschaft“ zufolge zählte Breker zu dessen Leserschaft. Herausgeber der „Bauernschaft“ war der wegen Volksverhetzung mehrfach vorbestrafte einstige SS-Sonderoffizier in Auschwitz-Birkenau, Thies Christophersen, Autor des holocaustleugnenden Pamphlets „Die Auschwitz-Lüge“.

Die rechtsextreme Verlagsgemeinschaft Grabert/Hohenrain, Herausgeberin einer monumentalen Breker-Monographie, hielt nach Brekers Tod fest: „Unbeirrbar hat der Künstler ... zu seinem Leben und seinem Werk gestanden und sich zu seinem künstlerischen Ideal bekannt.“

Anton Maegerle

Rezension

Internationale Vernetzung

Global gegen die Globalisierung – Rechtsextremisten agieren grenzüberschreitend.

Zu den zentralen „Glaubenssätzen" rechtsextremistischer Parteien und Gruppen gehört die Betonung des Nationalen. Doch das hält die Spitzen der Bewegung keinesfalls davon ab, mit Gleichgesinnten aus anderen Ländern gemeinsame Sache zu machen – geht es doch um den „Kampf" gegen die USA, Israel, das „jüdisch kontrollierte Bankenwesen" und gegen die Globalisierung. Mehrere Autorinnen und Autoren untersuchen in dem Band „Globalisierter Rechtsextremismus?" den aktuellen Stand der internationalen Vernetzung rechtsextremistischer Gruppen.

„Dass die Globalisierung der Entstehung beziehungsweise Verbreitung von Rechtsextremismus Vorschub leistet, kann als gesichert gelten", schreibt Thomas Grumke in seinem Buchbeitrag „Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten". Dabei sei die paradoxe Situation entstanden, dass die „rechtsextremistischen Anti-Globalisten" sich über Grenzen hinweg zusammenschlössen, also selbst globalisierten.

Dabei sind Bündnisse in der Szene keineswegs ein neues Phänomen, wie etwa Michael Whine in seinem Aufsatz „Eine unheilige Allianz" nachweist. Er zeichnet die vielfältigen, bis in die 30-er Jahre zurückreichenden Verbindungen zwischen Rechtsextremisten und Islamisten nach, die sich unter den Vorzeichen des gemeinsamen Antisemitismus' und der Bekämpfung des Staates Israel immer wieder zu Kooperationen zusammenfanden. In jüngster Vergangenheit, so schreibt Whine, hielt etwa der US-Amerikaner David Duke, früherer Anführer des Ku Klux Klan, Vorträge in Katar und Bahrain über den „Zionismus in der Welt" und über „Israelis und der 11. September". Zentrales gemeinsames Anliegen sowohl der Islamisten wie der Rechtsextremisten ist die Leugnung des Holocausts. Auch in diesem Bereich gibt es zahlreiche Verbindungen.

Einen besonderen Stellenwert bei ihrer internationalen Vernetzung hat für Rechtsextremisten das Internet. Thomas Pfeiffer beschreibt in seinem Beitrag „Eine Schnellstraße zum Volk", wie das World Wide Web einerseits zur Kommunikation, andererseits aber auch zur Ausschaltung der Strafverfolgung strategisch genutzt wird. Insbesondere deutsche Neonazis stellen einen Großteil ihrer Seiten mit – in Deutschland strafbaren – Propaganda- und Hasstiraden über US-amerikanische Provider ins Internet. Trotz aller Versuche, gegen solche Veröffentlichungen vorzugehen, ist bisher eine Strafverfolgung in der Praxis unmöglich. „Solange Internet-Täter deutschen Boden nicht betreten, ist die deutsche Justiz nach wie vor praktisch machtlos", schreibt Pfeiffer. Generell sei die internationale Kommunikation der rechtsextremistischen Szene mit Hilfe von Datennetzen bisher nicht systematisch erforscht, doch gebe es Anhaltspunkte, dass die Bedeutung dieser Kontakte weiter zunehme.

Im ersten Teil des 227 Seiten starken Bandes befassen sich Thomas Greven, Armin Pfahl-Traughber, Mark Weitzman, Albert Scharenberg und Mikhail Sokolov mit den Inhalten der rechtsextremistischen Globalisierungskritik. Dazu gehören Gegenentwürfe zum sich ausbreitenden Neoliberalismus ebenso wie die Gegnerschaft zu Einwanderung, die alle rechtsextremistischen Parteien Europas eint. Albert Scharenberg, der sich in seinem Aufsatz mit diesem Aspekt befasst, wertet es als größten Erfolg der rechtsextremistischen Agitation, „wohlstandschauvinistischen und einwanderungsfeindlichen Positionen eine größere gesellschaftliche Legitimität verschafft zu haben", die sich nicht zuletzt in der Haltung zum Thema Zuwanderung bei CDU/CSU-Politikern widerspiegelt.

Der von Thomas Greven und Thomas Grumke herausgegebene Band liefert einen guten Einstieg in das Thema. In Zeiten, in denen eine zunehmende Zahl an Menschen sich durch die globalisierte Wirtschaft bedroht fühlt, müssen Versuche rechtsextremistischer Organisationen, sich diese Ängste zunutze zu machen, sehr aufmerksam beobachtet werden.

Gudrun Giese

Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, 227 Seiten, 26,90 EUR

Ausland

Das Schweigen brechen

Francos Schatten lastet noch immer auf Spanien – mehr als zehn Prozent vor allem älterer Bürger wünschen sich seine Herrschaft zurück.

Auf Gran Canaria, der größten Kanarischen Insel, ziert ein malerisches Restaurant den Gipfel eines Bergmassivs. An Wochenenden parken auf dem großen Gelände neben dem Restaurant dutzende Nobelkarossen. Man speist gemeinsam zu Mittag. Danach macht man einen Rundgang, ehe es zurück in die Ebene geht. An einer Seite des Gipfelplateaus fällt das Gebirge etliche Meter steil in die Tiefe. Nichts Ungewöhnliches auf der zerklüfteten Insel – mit einer Ausnahme: In dieser Schlucht lagen einmal die Gebeine vieler hundert Menschen. Geier und Füchse haben die Leichen aufgefressen, übrig blieben die Skelette, die im Laufe der Zeit verwittert sind. Niemand hat sich um sie gekümmert. Nicht einmal eine Tafel erinnert an die Opfer. Sie sind schlicht vergessen. Das soll sich nun ändern – nach 70 Jahren. Spaniens sozialistischer Ministerpräsident Jose Luis Zapatero will das Schweigen über die Opfer des faschistischen Franco-Regimes brechen.

Alles begann vor 70 Jahren mit dem spanischen Bürgerkrieg am 17. Juli 1936, der drei Jahre dauerte. Als 1939 endlich Frieden herrschte, hatten die Faschisten gesiegt, die blutige Verfolgung der Republikaner ging aber weiter. Kommunisten, Gewerkschafter, Sozialisten standen auf den Todeslisten der Franco-Anhänger. Wer dem Regime nicht passte, verschwand in Gefängnissen oder irgendwo in dem großen Land, etwa in der westspanischen Stadt Merida.

Dort machten Bauarbeiter bei Grabungen für den Botanischen Garten kürzlich eine grausige Entdeckung. In eineinhalb Metern Tiefe lagen Reste menschlicher Knochen – wahrscheinlich von 2 000 Leichen, glaubt „Memoria historica", die Vereinigung der Franco-Opfer. Sie hat bereits dutzende solcher Massengräber gefunden und will nun, dass die Opfer der Franco-Diktatur „endlich eine würdige Ruhestätte" bekommen. Ihre Chancen stehen nicht schlecht, weil sie den mächtigsten Mann des Landes an ihrer Seite haben: Ministerpräsident Zapatero, dessen Großvater auch von Franco-Truppen erschossen worden ist. Zapatero hat jetzt aus Anlass des 70. Jahrestages des Kriegsbeginns versprochen, das Schweigen zu brechen. Seine Gesetzesinitiative zur „geschichtlichen Erinnerung" soll die Franco-Opfer „moralisch und symbolisch rehabilitieren."

Doch das ist gar nicht so einfach. Mehr als zehn Prozent vor allem älterer Spanier trauern immer noch um Franco und wünschen sich seine Herrschaft zurück. Das bekam Zapatero vor einiger Zeit selbst zu spüren. Als er in der Innenstadt von Madrid ein Reiterstandbild des Diktators entfernen lassen wollte, schlug ihm Protest entgegen, angeführt von der konservativen Opposition, deren Chef Mariano Rajoy schäumte, Zapatero spalte das Land. Dabei handelt es sich bei dem Madrider Monstrum keineswegs um ein Unikat. In den Garnisonsstädten Toledo und Saragossa etwa hockt der kleinwüchsige Wohlbeleibte unverändert auf Rössern. „Die müssen weg", hat Verteidigungsminister Jose Antonio Alonso angekündigt. Sie stehen aber weiter an Ort und Stelle, als regiere Franco noch immer. Tatsächlich ist er aber schon länger als 30 Jahre tot. Franco starb 83-jährig am 20. November 1975.

Wenn die sozialistische Regierung die Spuren Francos im ganzen Land tilgen will, dann geht das freilich nicht binnen weniger Monate. Überall im Königreich erinnern Straßen, Plätze, Promenaden und Gebäude an jene blutigen Jahre. Am gigantischsten ist eine Franco gewidmete Basilika 270 Meter tief unter der Erde in der Nähe der Hauptstadt. Auf sie weist ein 150 Meter hohes Steinkreuz hin – weit sichtbar über einer Waldlandschaft. Dort will Zapatero eine Gedenkstätte für alle Opfer des Bürgerkriegs einrichten. Eine Ausstellung soll vor allem junge Spanier mit der jüngsten Geschichte ihrer Heimat vertraut machen – auch mit Deutschlands und Italiens Rolle. Hitlers „Legion Condor" und ein ähnlicher Luftwaffenverband Mussolinis haben nämlich wesentlich zum Sieg des Diktators beigetragen. Am besten wäre es wahrscheinlich, wenn Spaniens berühmtester Richter Baltasar Garzon sich mit seinem Vorschlag durchsetzen könnte, eine Wahrheitskommission damit zu beauftragen aufzudecken, „was wirklich geschah".

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Wahlabsprachen

Berlin – Zu den gleichzeitig zur Abgeordnetenhauswahl am 17. September in Berlin auf kommunaler Ebene stattfindenden Wahlen treten die rechtsextremen Parteien NPD in fünf und Republikaner in sechs der zwölf Berliner Bezirke an. Erkenntnissen des Berliner Verfassungsschutzes zufolge haben REP und NPD dabei offenbar Absprachen getroffen, um Konkurrenzkandidaturen zu vermeiden. Im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick (2001: 2,3%) tritt die NPD mit dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt an der Spitze, gefolgt von dem Landeschef Eckart Bräuninger, an, in Lichtenberg (2,3%) kandidieren auf den vorderen Plätzen die DVU-Frau Manuela Tönhardt und der Landesvize Jörg Hähnel, in Marzahn-Hellersdorf (2,6%) stehen Wolfgang Chieduch und Karl Heinz Burkhardt an der Spitze, in Neukölln Thomas Vierk und Jan Sturm, in Tempelhof-Schöneberg Mario Knut und Hans-Joachim Henry. Bei den Bezirkswahlen 2001 holte die NPD in den Ost-Berliner Bezirken 1,8 Prozent. Nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde ist nicht auszuschließen, dass der NPD dieses Mal möglicherweise der Sprung in Bezirksparlamente im Osten gelingt. Die Republikaner kandidieren in den Bezirken Mitte (2001: 2,1%), Pankow (1,5%) sowie in Friedrichshain-Kreuzberg, Reinickendorf (2,1%), Spandau (1,5%) und Steglitz-Zehlendorf (1,2%). Bei der Bezirksverordnetenwahl vor fünf Jahren (1,5%) waren die REP ihrer sämtlichen acht Bezirksmandate verlustig gegangen, die sie 1999 erzielt hatten. Zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin treten die REP allerdings konkurrierend zur NPD an; an der Spitze der Landesliste steht der Bundesvize Björn Clemens, auf Platz 2 folgt der Berliner REP-Vorsitzende Peter Warnst. (bnr)

Anklage gegen Rechtsanwältin

Lüneburg – Sylvia Stolz, bekannt geworden als mittlerweile ausgeschlossene Verteidigerin im Mannheimer Verfahren gegen den Holocaust-Leugner Ernst Zündel, soll sich nun selbst vor Gericht verantworten müssen. Wie ihr Mentor Horst Mahler in einem Rundschreiben mitteilte, wird ihr vorgeworfen, in einem Prozess gegen den Revisionisten Rigolf Hennig vor dem Landgericht Lüneburg ihrerseits den Holocaust geleugnet zu haben. Sie hatte dort unter anderem über eine „Holocaustlüge“ und eine „Holocaustreligion“ fabuliert, die von der Wurzel her vernichtet werde. Die Staatsanwaltschaft hat vor der Großen Strafkammer des Landgerichts Lüneburg Anklage erhoben. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de